



Vorlage VA_15/2025
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 07.07.2025

Anlagen

1: Bilanzbroschüre 2024

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH und RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

I) Jahresabschluss 2024 der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH

II) Jahresabschluss 2024 der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

III) Entlastung des Aufsichtsrats der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH und der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

- Vorberatung -

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Vertreter des Landkreises zu beauftragen, folgenden Entscheidungen in den Gesellschafterversammlungen zuzustimmen:

- I. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH
(Vorbehaltlich der zustimmenden Beratung und Empfehlung durch den Aufsichtsrat der RKH Regionale Kliniken Holding GmbH am 03.07.2025)
 - a) Der Jahresabschluss 2024, der einen Jahresfehlbetrag von -282.636,65 € ausweist, wird festgestellt.
 - b) Der Jahresfehlbetrag 2024 wird in voller Höhe der Gewinnrücklage entnommen.
- II. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH
 - a) Der Jahresabschluss 2024, der einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -48.342.909,72 € ausweist, wird festgestellt.
 - b) Der Jahresfehlbetrag 2024 der Kliniken gGmbH wird in voller Höhe der Kapitalrücklage entnommen.
 - c) Der Verlustausgleich durch den Landkreis Ludwigsburg in Höhe von 48.376.919,72 € wird der Kapitalrücklage zugeführt.
 - d) Die Geschäftsführung wird für das Jahr 2024 entlastet.
 - e) Die ordnungsgemäße Verwendung der Zins- und Tilgungserstattung gemäß dem Betrauungsakt vom 08.02.2024 wird bestätigt.

III. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH / RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

- a) Der Aufsichtsrat der RKH Regionalen Kliniken Holding und Services GmbH wird für das Jahr 2024 entlastet.
- b) Der Aufsichtsrat der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH wird für das Jahr 2024 entlastet.

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	07.07.2025	öffentlich
Kreistag	Beschluss	18.07.2025	öffentlich

Klima-Auswirkung:

Gesamtergebnis des KlimaChecks:	Teilergebnis(se) des KlimaChecks:
Bei Verwendung des derzeitigen Tools konnte bei dieser Vorlage keine Klimaauswirkung festgestellt werden.	
Begründung / Einordnung / Alternativen-Prüfung:	

Sachverhalt und Begründung:

Zu I)

Jahresabschluss 2024 der RKH Regionalen Kliniken Holding GmbH (Anlage)

1. Allgemeines

Die Gesellschafterversammlung ist nach § 12 Abs. 3 Nr. 4 des Gesellschaftsvertrages für die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Ergebnisses zuständig. Sie fasst diese Beschlüsse nach § 12 Abs. 3 Nr. 4 i.V.m. § 10 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages auf Vorschlag des Aufsichtsrates. Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung benötigt nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises für die Entscheidungen zu § 12 des Gesellschaftsvertrages die Zustimmung des Kreistags.

2. Jahresergebnis 2024 der RKH Kliniken Holding und Services GmbH (Anlage)

Die Geschäftstätigkeit der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH unterteilt sich historisch in zwei Geschäftsfelder.

Zentrale medizinische Leistungen

Das Institut für Laboratoriumsmedizin und Transfusionsmedizin mit seinem zentralen Sitz im RKH Klinikum Ludwigsburg bedient alle Kliniken der RKH Gesundheit mit allen laboratoriumsmedizinischen Leistungen. Zentral bedeutet hier eine einheitliche Führung, Qualitätsstandards und Prozesse. Alle Standorte verfügen weiterhin über Laboreinrichtungen, die an dem individuellen Bedarf ausgerichtet sind. Zudem werden von den vier Blutdepots an den Standorten Ludwigsburg, Bietigheim, Markgröningen und Bruchsal Blutprodukte an die Kliniken ausgegeben. Schrittweise wurden der gesamte Gerätepark und die Analyse- und Diagnostikgeräte an allen Standorten angeglichen. Dadurch entstehen Synergieeffekte, von denen wiederum die Kliniken profitieren.

Das Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten. Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert.

Eine zentrale Rolle nimmt das Institut für Klinische Mikrobiologie und Krankenhaushygiene ein. Schnelle und qualifizierte Infektionsdiagnostik und hygienische Fachkenntnisse schützen die Patienten vor nosokomialen Infektionen und tragen zu einem gezielten Einsatz von Antibiotika bei. Gerade bei Pandemien und Zeiten mit hohem Infektionsgeschehen ist das Infektionsmanagement dieses Institut ein wichtiger Faktor bei der Steuerung von Gegenmaßnahmen und Krisenbewältigung.

Im Planungshorizont sind Ersatzbeschaffungen beispielsweise im Bereich der Analysesysteme in der Immunhämatologie, Zentrifugen an allen Standorten und IT-Ausstattung in einem Gesamtvolumen von rd. 960 T€ veranschlagt. Die Hersteller von Labortechnologie bieten mittlerweile meist das System „pay per use“ und nicht mehr die klassische Kaufoption an.

Im Jahr 2024 wurden rd. 148 T€ (Vj. 494 T€) für den Gerätepark des Labors aufgewendet.

Steuerung und Führung; Managementleistungen

Die RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH erfüllt weiterhin zentrale Steuerungsaufgaben und stellt wichtige Dienstleistungen für die Verbundgesellschaften bereit. Um diese Funktion zu stärken, sind alle standortübergreifend verantwortlichen Führungskräfte in administrativen Bereichen arbeitsrechtlich in der Holding angesiedelt. Dazu gehören unter anderem die Abteilungen Akademie, Arbeitsschutz & Brandschutz, Bau & Technik, Recht & Datenschutz, Finanzen, Innenrevision, Katastrophenschutz, Unternehmenskommunikation, Personal, Qualitätsmanagement sowie zentrale Informationsverarbeitung & Medizintechnik und Versorgung. Weitere bereichsübergreifende Teams wie das Vergabe- und Ausschreibungsteam sowie IT-Spezialisten für das Führungsinformationssystem sind inzwischen ebenfalls bei der Holding angestellt. Im stetigen Veränderungsprozess werden Bereiche planmäßig neu strukturiert und dann auf Ebene der RKH gebündelt und in den Klinikgesellschaften entsprechend angepasst.

Auch durch die zum Oktober 2024 verabschiedete Führungsstruktur mit einer Gruppengeschaftsführung auf Ebene der RKH und Klinikgeschäftsführern auf Ebene der Klinikgesellschaften ändern sich die Anforderungen an die zentralen Servicebereiche. So werden künftig auch schrittweise bisher zentral geführte Bereiche wieder in die Verantwortung der Kliniken gegeben, um Entscheidungswege und Prozesse zu optimieren.

Durch die Anpassung der Führungsstrukturen sind im Jahr 2024 außerplanmäßige Kosten aufgetreten, die insgesamt zu einem Fehlbetrag führen. Das Jahr schließt mit einem Minus in Höhe von 282.637 € (Vj. 86.249 €), welches aus der Gewinnrücklage gedeckt werden kann.

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 13.775.260 € (Vj. 11.909.118 €).

3. Beratung im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RKH Regionalen Kliniken Holding GmbH wird in seiner Sitzung am 03.07.2025 über den Jahresabschluss beraten.

Zu II)

Jahresabschluss 2024 der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (Anlage)

1. Allgemeines

Die Gesellschafterversammlung ist nach § 12 Abs. 3 g) für die Feststellung des Jahresabschlusses und die Beschlussfassung über die Behandlung des Ergebnisses zuständig. Sie fasst diese Beschlüsse nach § 14 Abs. 3 i.V.m. § 10 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages auf Vorschlag des Aufsichtsrates. Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung benötigt nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises für die Entscheidungen zu § 12 des Gesellschaftsvertrages die Zustimmung des Kreistags.

2. Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2024 der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH schließt mit einem Defizit von rund 48,3 Mio. € ab.

Ursprünglich war für 2024 ein Minus in Höhe von 14,5 Mio. € voraus kalkuliert. Die im Herbst 2023 vorgegebenen Leistungs- und Kostenansätze für das Geschäftsjahr 2024 konnten aufgrund fehlender konkreter Maßnahmenpakete und aufgrund der Dynamiken auf der Geschäftsleitungsebene nicht erreicht werden. Dies betrifft insbesondere die Leistungsziele und den Abbau der Kosten für Leiharbeit.

Zur strukturierten Gegensteuerung hat die seit Oktober 2024 eingesetzte Geschäftsführung die Erarbeitung eines strategisches Konsolidierungsprogramms gestartet.

Der Jahresverlauf 2024 zeigt, dass die gesteckten Jahresziele aus dem operativen Bereich auch auf der Leistungsseite nicht erreicht werden konnten.

Das Geschäftsjahr 2024 verzeichnet mit insgesamt 44.148 Case-Mix-Punkte (Vj. 44.555) einen Rückgang der Leistungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr bei gestiegenen Kosten (Kosten-/Erlösschere). Die Anzahl der ambulanten Patienten sinkt ebenfalls, wobei der Bereich ambulantes Operieren und Hybrid-DRGs ansteigt. In diesem Feld besteht aber das Risiko, dass die Leistungen nicht kostendeckend erbracht werden. Nach wie vor steigt die Anzahl der Notfallpatienten, die aufgrund ihres Versorgungsbedarfs nicht in den Kliniken versorgt werden müssten. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Notfallpatienten erschwert strukturierte und auf planbare Behandlungen ausgerichtete Strukturen.

Erläuterungen zum Jahresergebnis 2024

Es ergibt sich für das Jahr 2024 folgende Ergebnissituation mit einem hohen Defizit aus dem laufenden Betrieb. In dieser Ergebnisdarstellung werden im „neutralen Ergebnis“ periodenfremde Effekte und Einmaleffekte separat dargestellt. Im Investitionsergebnis wurden die Soforthilfen des Landes 2024 verbucht.

Jahresergebnis nach Standort in €	Klinikum Ludwigsburg	Krankenhaus Bietigheim- Vaihingen	Krankenhaus Marbach	KLB (inkl. Innenumsätze)
Ergebnis aus dem laufenden Betrieb	-29.083.371	-10.506.626	-500.230	-40.416.305
Finanzergebnis	-3.600.414	-814.536	-1.130.298	-5.545.248
Investitionsergebnis	-2.649.341	261.111	-382.029	-2.444.181
Neutrales Ergebnis	-299.982	333.344	29.462	62.824
Ergebnis insgesamt	-35.633.108	-10.726.707	-1.983.094	-48.342.910

Im Rahmen des strategischen Konsolidierungsprogrammes, das kurz- und mittelfristig zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Verbesserung der Kliniken führt, wird eine langfristige Unternehmensstrategie erarbeitet. Darin werden die Bedarfe auf der Krankenhausreform abgebildet und unter Beteiligung der Gesellschafter und Führungskräfte die Teilstrategien; Leistungs- und Personalstrategie sowie die sich daraus ergebende Investitionsstrategie im Detail erarbeitet.

Bei den Umsatzerlösen aus dem Kerngeschäft war ein Volumen von rd. 366 Mio. € (Vj. 343 Mio. €) veranschlagt. Im Jahresergebnis konnten nach Abzug der Innenumsätze von rd. 693 T€ (Vj. 826 T€) insgesamt 358 Mio. € (Vj. 343 Mio. €) erreicht werden.

Die weiteren betrieblichen Aufwendungen waren mit rund 196 Mio. € veranschlagt. Hier kommt es tatsächlich zu einem Volumen in Höhe von rund 220 Mio. € (Vj. 216 Mio. €). Die originären Personalkosten und Kosten für Zeit- und Honorarkräfte waren in Höhe von rund 294 Mio. € (Vj. 276 Mio. €) kalkuliert. Davon entfielen auf Konzernpersonaldienstleistungen und Zeitarbeit 11,5 Mio. € (Vj. 14,0 Mio. €); angefallen sind Kosten in Höhe von 29,0 Mio. €. Insgesamt sind im konsolidierten Jahresergebnis 303 Mio. € (Vj. 282 Mio. €) ausgewiesen. Hiermit konnte das Planniveau nicht gehalten werden.

Das Betriebsergebnis reduziert sich um -18,7 Mio. €, das Finanzergebnis um -2,7 Mio. € und das Neutrale Ergebnis um -7,0 Mio. €. Hingegen verbessert sich das Investitionsergebnis um +4,5 Mio. €. In diesem Ergebnis werden auch die Auflösungen bzw. Zuführungen von Rückstellungen gezeigt. Im Finanzergebnis spiegelt sich grundsätzlich die Finanzierungsseite der Investitionstätigkeit wider. Im Saldo verbleiben die Zinsaufwendungen, die für nicht geförderte Investitionen anfallen. Durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der kleineren Standorte in der Vergangenheit besteht für sie ein hoher Sockelbedarf an Betriebsmittelkrediten, den diese selbst nicht ablösen können.

Das Investitionsergebnis zeigt grundsätzlich im Saldo die Belastung durch die nicht geförderten Abschreibungen. Diese beinhalten auch die Abschreibungsanteile, die z. B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Erträge gedeckt sind.

Im neutralen Ergebnis werden, neben den periodenfremden Erträgen und Aufwendungen auch die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes ausgewiesen, da es sich dabei um noch nicht abgeschlossene Anfragen aus den Vorjahren handelt.

Bauliche Entwicklungen

Um die Klinikstandorte Ludwigsburg und Bietigheim auch in der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation attraktiv zu halten, ist die Verbesserung und Modernisierung der Stationen, Funktionsbereiche und der betriebstechnischen Infrastruktur und medizintechnischen Ausstattung notwendig.

Für die Standorte liegt eine priorisierte und an die wirtschaftliche Situation angepasste Planung vor. Darin wird in die „Außenentwicklung“ (Flächenerweiterung auf dem Areal) und die „Innenentwicklung“ (Maßnahmen innerhalb der Bestandsgebäude) unterschieden. Alle Maßnahmen orientieren sich an der Patientenversorgung. Der Fokus liegt auf den kurzfristig umsetzbaren Modernisierungen von Stationen und den betriebstechnisch erforderlichen Sanierungen. Die Möglichkeiten zur Prozessoptimierung und sind allerdings durch die vorhandene teilweise sehr komplexe und den Baujahren entsprechende Gebäudestrukturen begrenzt.

Im Frühjahr 2025 wurde eine sogenannte „Red-Flag-Analyse“ gestartet, die einerseits den langfristigen Investitionsbedarf und die Entwicklungspotenziale bzw. Grenzen der Standorte Ludwigsburg und Bietigheim aufzeigen wird. Im Jahresverlauf werden dann auch die Auswirkungen der Krankenhausstrukturreform bekannt sein, so dass die Ergebnisse den zuständigen Gremien im Rahmen der Unternehmensplanung 2026 vorgestellt werden können.

Neben den Investitionen und Maßnahmen im unmittelbaren Klinikbetrieb werden auch in den Tertiärbereichen moderne und effiziente Versorgungskonzepte umgesetzt, wie z.B. die Einführung ein teilautomatisierten Dienstkleiderausgabe. Weiterhin konnte vor allem in den patientennahen Bereichen die WLAN-Struktur weiter ausgebaut werden, um die digitale Dokumentation aber auch das Patientenentertainment weiter voranzubringen. Im Rahmen der Mitarbeitergewinnung und Bindung verläuft die Sanierung eines Appartementgebäudes am Krankenhaus Bietigheim planmäßig. Außerdem konnte durch eine Kooperation mit einer Stiftung ein zusätzliches Wohnangebot in Bietigheim geschaffen werden, das ab Mai 2025 bezogen werden kann.

Beim Standort Marbach wurde zwischenzeitlich das auf Basis eines städtebaulichen Wettbewerbes entstandene Großprojekt zur Errichtung eines Pflege- und Ausbildungscampus eingestellt. Eine planmäßig erstellte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hat gezeigt, dass die einzelnen Bausteine und insbesondere die dann notwendige Erschließung und Umgestaltung des Geländes von den Kliniken nicht finanziert werden können. In der Konsequenz wird bereits untersucht, welche Chancen und Risiken der Gebäudebestand mit sich bringt. Das Ziel ist, neben den Angeboten im bestehende Ärztehaus auch an Stelle des Altbaubestandes weitere gesundheitsnahen Dienstleistungen anzusiedeln und die dazugehörigen Flächen vermarkten zu können. Der Gebäudestatus führt zu hohen Stillstandskosten und zu steigenden finanziellen Risiken.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 20,9 Mio. € (Vj. 31,7 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Eigenkapital und Finanzlage

Zum 31.12.2024 setzt sich das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens aus Eigenmittelförderung wie folgt zusammen:

	Rücklagen	Stammkapital	Eigenkapital
Ausgangspunkt gemäß KHBV-Bilanz 01.01.2024	5.418.165,99	4.545.100,00	9.963.265,99
./. Ausgleichsposten (nach Handelsrecht)	-436.511,20	0,00	-436.511,20
./. Entnahme aus 2024	-653.667,26	0,00	-653.667,26
verfügbar gemäß HGB zum 31.12.2024	4.327.987,53	4.545.100,00	8.873.087,53

In den ersten Monaten im **Geschäftsjahr 2024** konnte der Einsatz von Leiharbeit zwar schon reduziert werden, dennoch besteht ein sehr hoher Bedarf z. B. im ärztlichen Dienst und im sensiblen Bereich der Intensivmedizin und damit an einem Einflussfaktor zur optimalen Auslastung der OP-Kapazitäten.

Die Umsatzentwicklung im Zeitraum Januar bis April verläuft über dem Vorjahreszeitraum aber noch unterhalb der gesteckten Ziele.

3. Beratung im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH hat in seiner Sitzung am 23.06.2025 über den Jahresabschluss beraten.

Betrauungsakt: Verwendung der Landkreismittel

Der Landkreis Ludwigsburg stellt neben dem Defizitausgleich der Kliniken gGmbH für beschlossene Darlehensaufnahmen und Kontokorrentkredite Ausfallbürgschaften zur Verfügung. Entsprechend der Beschlussfassung und dem Betrauungsakt für das Geschäftsjahr 2024 hat der Landkreis Ludwigsburg der Kliniken gGmbH 13.413.683 € für den angefallenen Kapitaldienst erstattet. Im Unternehmensplan 2024 waren 14,4 Mio. € veranschlagt. Für 2025 ist eine Erstattung in Höhe von 14,6 Mio. € veranschlagt.

Darüber hinaus gewährt der Landkreis fortlaufend den Kliniken direkte Betriebsmittelkredite. Diese mittel- und unmittelbaren Absicherungsmechanismen gewähren die Zahlungsfähigkeit und den Fortbestand der Kliniken.

Zu III)

Entlastung des Aufsichtsrats der RKH Regionalen Kliniken Holding und Services GmbH und der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Die Gesellschafterversammlung der RKH Regionalen Kliniken Holding und Services GmbH ist nach § 12 Abs. 3 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages zuständig für die Entlastung des Aufsichtsrates der RKH Regionalen Kliniken Holding und Services GmbH. Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung benötigt nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises für die Entscheidungen zu § 12 des Gesellschaftsvertrages die Zustimmung des Kreistages.

Die Gesellschafterversammlung der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH ist nach § 12 Abs. 3 (f) des Gesellschaftsvertrages zuständig für die Entlastung des Aufsichtsrates der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH. Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung benötigt nach § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises für die Entscheidungen zu § 12 des Gesellschaftsvertrages die Zustimmung des Kreistages.

Der Beschlussvorschlag sieht vor, den Vertreter des Landkreises damit zu beauftragen, den Entlastungsbeschlüssen in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen zuzustimmen.